

ATLAS

Geld oder Park

HENRI KRAMER wirbt für ein späteres Votum pro oder contra Volkspark

Natürlich ist bei der Pro Potsdam-Tochter Entwicklungsträger Bornstedter Feld und im Rathaus das Bemühen spürbar, die Verkleinerung des Volksparks so zu gestalten, dass möglichst wenige Freizeitangebote wegfallen, ja sogar neue dazukommen. Doch im Kern hält man an den Plänen zur Verkleinerung der beliebten Freizeitanlage fest – obwohl das Bornstedter Feld stärker wächst als gedacht, gerade junge Familien viel Grün benötigen und der Park längst von vielen Potsdamer genutzt wird, die in anderen Stadtteilen leben.

Als Argument pro Verkleinerung werden 310 Wohnungen angeführt, die angesichts des Wohnungsmarktes in Potsdam dringend nötig seien. Doch angesichts von deutlich größeren Bauvorhaben in Krampnitz oder auf früheren Tramdepots ist die Volkspark-Bebauung mit 310 Wohnungen eher eine Marginalie. Gewichtiger ist da die finanzielle Argumentation: Wenn man auf den Verkauf der Parkfläche verzichtet, macht die Stadt zwanzig Millionen Euro Miese, heißt es.

Die Entscheidung über die Bebauung des Volksparks sollte im Kommunalwahlkampf debattiert werden. Gewählt wird schon im Mai, und so lange hat diese prinzipielle Frage der Stadtentwicklung, die Auswirkungen auf andere grundsätzliche Voten haben wird, sicher noch Zeit.

NACHRICHTEN

Orangerieschloss vor Sanierung

SANSOUCCI - Ab 2021 soll das Orangerieschloss am Park Sanssouci innerhalb von acht Jahren fertig saniert werden. Dafür sucht die Schlosserstiftung nun mittels europaweiter Ausschreibung einen Chefplaner. Unter anderem geht es um die Fassade und das Innere der Pflanzhalle des bis 1864 unter Friedrich Wilhelm IV. errichteten Schlosses, heißt es in den Vergabeunterlagen, die den PNN vorliegen. Im April waren bereits die Türme des im Stil der italienischen Renaissance errichteten Welterbe-Schlosses wieder geöffnet worden. Die weiteren Maßnahmen kosten mehr als 20 Millionen Euro und werden aus dem Sonderprogramm für marode Preußenschlösser finanziert (PNN berichteten). HK

Gesundheitsamt zieht um

Im Potsdamer Gesundheitsamt entfallen in dieser Woche alle Sprechtag. Grund ist der Umzug des Amtes auf das Gelände des Klinikums „Ernst von Bergmann“, wie die Stadtverwaltung am Mittwoch mitteilte. Ab Montag sind die Mitarbeiter in der Berliner Straße 150 erreichbar.

S7 fährt nur bis Lichtenberg

Ab dem morgigen Freitagabend fährt die S7 von Potsdam aus nur bis Berlin Lichtenberg. Von dort bis Ahrensfelde gibt es Ersatzverkehr mit Bussen. Die Einschränkungen gelten bis zum 25. Oktober um 1.30 Uhr. Grund sind Arbeiten an Gleisen, Weichen und Stellwerken.

Haltausfall beim RE1

Die Züge des RE1 halten am Samstag, Montag und Dienstag in Fahrtrichtung Potsdam zwischen 16 Uhr und 18.30 Uhr nicht am Berliner Bahnhof Ostkreuz. Grund sind Stellwerksarbeiten. In der Nacht vom Montag auf Dienstag werden die Züge zwischen Berlin Hauptbahnhof und Werder (Havel) umgeleitet, zwischen 23 und 1 Uhr entfallen die Halte in Potsdam. Als Ersatz wird auf die S-Bahn verwiesen, zwischen Potsdam und Werder fahren Ersatzbusse. eb

ADRESSE
POTSDAMER TAGESPOST
 Platz der Einheit 14
 (WilhelmGalerie),
 14467 Potsdam

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:
 Matthias Matern

STELLVERTRETER: Peer Straube

TELEFON (0331) 23 76-158
FAX (0331) 23 76-300
REDAKTIONSSEKRETARIAT132

ANZEIGEN:
TELEFON (0331) 23 76-111
FAX (0331) 23 76-400
ABONNENTENSERVICE (0331) 23 76-100

Sie erreichen uns per E-Mail unter:
 potsdam@pnn.de



Baustart 2020. So sollen die freifinanzierten Wohnbauten der Instone Real Estate Development an der Georg-Hermann-Allee – hier der Blick aus der Peter-Huckel-Straße – neben dem Volkspark aussehen. Grafik: Czerner Götsch Architekten / Pro Potsdam

20 Millionen Euro für Volkspark-Erhalt

Pro Potsdam lehnt Verzicht auf Parkbebauung wegen Kosten ab. Bald Baustart für 520 neue Wohnungen

VON HENRI KRAMER

BORNSTEDTER FELD - Die Bauverwaltung und der kommunale Entwicklungsträger für das Bornstedter Feld beharren auf der umstrittenen Verkleinerung des Volksparks, erlauben aber kosmetische Korrekturen. Das wurde bei einer von mehr als 100 Bürgern besuchten Infoversammlung zur Zukunft des schnell wachsenden Viertels deutlich, die am Mittwochabend in den Räumen der städtischen Bauholding Pro Potsdam stattfand.



Bert Nicke

Demnach sollen die bisherigen Parkflächen zwischen Biosphäre und Minigolf-Anlage entlang der Georg-Hermann-Allee auf jeweils zwei Baufeldern mit geförderten und freifinanzierten Wohnblocks bebaut werden. Dadurch würden 160 Sozial- und Studentenwohnungen sowie 150 weitere Wohnungen entstehen. Neu ist eine Kita, die nahe der Mini-Golfanlage als Puffer zum nördlichen Parkteil vorgesehen ist. Diese Neuerung ist Ergebnis eines Prüfauftrags, mit dem die CDU/ANW im Frühjahr darauf drängte, dass neue Wohnblocks wegen möglicher Lärmkonflikte nicht zu nahe an die Parkgrenze gebaut werden. Vorstellbar sei, dass dort in den Erdgeschosses etwa Einzelhandel oder Gastronomie entstehen könnte, heißt es von der Pro Potsdam. Würde auf die Bauvorhaben verzichtet, müsste die Stadt mit Mindereinnahmen von rund 20 Millionen Euro rechnen, sagte Pro-Potsdam-Chef Bert Nicke auf Anfrage. Die gesamte Entwicklung des neuen Stadtteils auf dem ehemaligen Militärgelände würde dann mit einem Minus von 24 Millionen Euro abschließen – jetzt seien es nur vier Millionen Euro.

Wie berichtet ist der Widerstand gegen



Im Bau. Das neue Betriebsgebäude für den Volkspark an der Biosphäre wird voraussichtlich Ende des Jahres fertig. Bereits dafür mussten Parkflächen weichen. Foto: Andreas Klaer

die Volkspark-Verkleinerung in diesem Jahr enorm gewachsen. Bei einer Online-Petition sprachen sich innerhalb weniger Wochen rund 4000 Unterzeichner gegen die Pläne aus. Bereits 2015 hatte die Stadtpolitik debattiert, den Park in bisheriger Größe zu erhalten, um die Wohnqualität vor Ort zu sichern. Doch schon damals hatte sich die SPD-geführte Stadtspitze quer gestellt und auf die Historie des 2001 eröffneten Areals verwiesen. Die Verkleinerung habe schon damals festgestanden: Der Park fiel nur größer aus, weil man für viele Flächen im damals noch nicht derart boomenden Bornstedter Feld keine andere Verwendung hatte. 2015 war noch von Kosten in Höhe von 7,6 Millionen Euro die Rede, wenn man auf die Verkleinerung verzichten würde. Nicke sagte, Grund für die Diskrepanz zu den aktuellen 20 Millionen Euro Mindereinnahmen seien deutlich gestiegene Grundstückspreise. Zudem müssten die zusätzlichen Kosten für den Stadtteil für rund 15 000 Menschen bedacht werden, die durch neue Kitas und Schulen entstanden seien. Ein Jugend- und Bürgertreff samt Kita ist an der Esplanade geplant, wo jetzt

eine Containerschule steht.

Der geplante Start der Erschließungsmaßnahmen auf den strittigen Parkflächen sollte bisher 2019 sein. Nicke präzisierte, man werde erst nach einer finalen Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung beginnen. Damit dürfte der Park in der nächsten Freiluftsaison noch unberührt bleiben, so seine Einschätzung. Es geht um rund vier von bisher 67 Hektar Parkfläche, allerdings im sensiblen mittleren Teil. Nutzer fürchten, dass der Park an dieser Stelle dann sehr eng wird. Von Seiten der Pro Potsdam hieß es hingegen, am Rand des Parks sei eine locker wirkende Blockrandbebauung mit Innenhöfen und Grünflächen geplant. Zudem könne nur Wohnungsneubau den steigenden Mieten entgegenwirken.

Schon länger begonnen hat im Park der Bau eines neuen Betriebsgebäudes. Zugleich kündigte die Pro Potsdam den Bau eines Kleinspielfeldes für Fußball am südlichen Parkende unweit der Pappelallee an. In der Nähe liege auch ein möglicher Alternativstandort für die Beachvolleyballanlage, die für die Parkverkleinerung weichen muss. Die Stadtverordneten hat-

ten zudem jüngst für den ab 2019 generell kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche in den Volkspark gestimmt. Geprüft werden soll, ob es für Anwohner sogenannte kostenlose, zeitlich befristete „Querungstickets“ geben kann. Hier müsste die Machbarkeit überprüft werden.

Zugleich wurde in der Sitzung bekannt gegeben, wer ab Mitte nächsten Jahres die Brachfläche östlich des Parks bebauen kann. Dort sind zwischen Georg-Hermann-Allee und Peter-Huckel-Straße weitere vier Baufelder für insgesamt 520 Wohnungen vorgesehen, mehr als 270 davon baut die Pro Potsdam bis Ende 2021 mit Hilfe von Landesförderung. Dadurch sind in den 48 Millionen Euro teuren Gebäuden für Besitzer von Wohnberechtigungsscheinen Mieten von 5,50 beziehungsweise 7 Euro möglich. Andere Neumieter müssen 10,50 Euro pro Quadratmeter zahlen. Ferner vorgesehen sind in den Häusern eine Sozialstation mit Begegnungsstätte, zwei Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss, zwei Wohngemeinschaften für Demenzzranke sowie eine Tagespflegeeinrichtung.

Darüber hinaus sind die Investoren für die restlichen, frei finanzierten Wohnungen gefunden, die bis 2022 fertig sein sollen: Die beiden Immobilienentwickler Instone Real Estate Development und Seastone Real Estate Development. Hier soll Baubeginn 2020 sein. Der Zuschlag sei nach einer Konzeptvergabe erteilt worden, bei der die lockere Architektur eine wesentliche Rolle spielte. Mit dem Gestaltungsplan seien die Entwürfe abgestimmt, hieß es. Von bis zu 110 Millionen Euro Investitionskosten für beide Projekte war vor Ort die Rede. Insgesamt seien schon rund 2,5 Milliarden Euro in den Stadtteil geflossen, sagte Nicke. Allerdings übten Bürger Kritik an den Architektur-Entwürfen, besonders der Sozialbauten von der Pro Potsdam: Von „Lego“-Blocks war hier die Rede.

Kitakind unbemerkt ausgerissen

Träger will Kinder besser sensibilisieren

WALDSTADT II - Von den Erziehern unbemerkt ist am Dienstagvormittag ein vierjähriges Kind aus einer Kita in der Waldstadt ausgerissen. Passanten fanden das Kind nach Angaben der Mutter auf der Straße Am Moosfenn und brachten es nach Hause. Als die Mutter sich daraufhin an die Einrichtung wandte, hatten die Erzieher das Verschwinden des Kindes noch nicht bemerkt. Die Mutter selbst machte den Fall auf dem sozialen Netzwerk Facebook öffentlich. Das Kind sei über den Zaun geklettert, sagte sie den PNN, die Erzieher hätten aber nicht mitbekommen, als das Kind die Einrichtung verlassen habe. Anzeige hat die Mutter nicht erstattet.

Der Träger der Kita, die Arbeiterwohlfahrt (Awo), bestätigte den Vorfall auf PNN-Anfrage. Bereits am gestrigen Mittwoch habe es eine gemeinsame Aussprache mit der Mutter und Mitarbeitern der Kita gegeben. Hintergrund sei wohl ein Streit unter Kindern gewesen. Laut Awo sei an dem Tag die Zahnärztin in der Kita gewesen, weshalb kein Regelbetrieb geherrscht hätte. Trotzdem stellte der Träger klar, dass so etwas nicht passieren dürfe. Für die Erzieher selbst sei das auch eine schlimme Situation. Um solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern, solle vor allem die Kommunikation mit Kindern verbessert werden, hieß es von der Awo. Diese sollen besser sensibilisiert und ermutigt werden, sich in so einem Fall sofort bei Erziehern zu melden, das sei kein Petzen. Auch weitere Maßnahmen würden untersucht.

Wie Stadtsprecher Jan Brunzlow den PNN erklärte, muss die Einrichtung oder der Träger einen solchen Fall dem Jugend-

ANZEIGE

Lernwerk
 NACHHILFE • DAS LERNEN LERNEN
 WWW.LERNWERK.DE

amt melden. Das sei auch ordnungsgemäß am Mittwoch erfolgt. Nun erfolge ein Gespräch zur Ursacheneinschätzung, die Einrichtung wird angehört. Zudem prüft das Jugendamt, ob in der Einrichtung die nötigen Standards eingehalten werden oder Verbesserungen nötig sind. „Die Eltern haben ein Recht darauf, dass ihre Kinder sicher betreut werden und wir haben ein großes Interesse daran, dass so etwas nicht wieder geschieht“, betonte Brunzlow.

Erst Anfang Oktober hatte die Polizei zwei Kitakinder alleine an der Nuthestraße aufgegriffen, die sich bei einem Ausflug unbemerkt von der Gruppe entfernt hatten. sca

Potsdam beim Wachstum im Osten auf Platz 2

WIESBADEN/ POTSDAM - Immer mehr Menschen ziehen in ostdeutsche Städte. Vor allem Leipzig und Potsdam erfreuten sich großer Beliebtheit, sagte ein Sprecher des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung am Mittwoch in Wiesbaden. Beide führten den Vergleich unter allen 401 kreisfreien Städten und Landkreisen an. Potsdam landet mit neun Prozent Bevölkerungszuwachs im Zeitraum 2011 bis 2016 auf dem zweiten Platz, Leipzig belegt mit zwölf Prozent Platz eins. Spitzenreiter beim Wachstum nach absoluten Zahlen ist Berlin: Insgesamt 249 000 Menschen zog es den Angaben zufolge in die Bundeshauptstadt.

Erst im vergangenen Jahr war Potsdam um 4105 Einwohner gewachsen, der höchste Wert seit der Eingemeindung der ländlichen Ortsteile 2003. Mit Stand Mitte September war die Einwohnerzahl um weitere rund 2000 auf 177 700 Einwohner gestiegen. Im Jahr 2035 geht die Stadt laut ihren Prognosen von dann 235 000 Potsdamern aus.

Von dem Zulauf der Städte profitierten ländliche Regionen im Osten bisher nicht. Hier gebe es die größten Bevölkerungsrückgänge, hieß es. Obwohl sich die Spitzenreiter im Osten konzentrieren – die meisten wachsenden Städte liegen im Süden der Republik. Von den ersten 20 Boom-Städten sind allein zwölf in Bayern anzutreffen. dpa/HK

Massive Kritik an Einengung der Zeppelinstraße

Ergebnisse von zwei Online-Befragungen zeigen: Die Maßnahme der Stadt hat kaum Unterstützer

POTSDAM-WEST - Die Einengung der viel befahrenen Zeppelinstraße, mit der die Stadtverwaltung der Luftverschmutzung Herr werden will, erhitzt die Gemüter seit langem. Nun gibt es auch belastbare Zahlen, die diesen Unmut ausdrücken. Das Potsdamer Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) hat wie berichtet zwei Online-Umfragen zu der Spur-Reduzierung durchgeführt – eine davon einen Monat vor der Umsetzung, die andere sechs Monate danach. Rund 3500 Menschen nahmen an jeder Runde teil, 800 beteiligten sich an beiden Runden. Am Mittwoch veröffentlichte das IASS nun die Ergebnisse.

Demnach lehnten bei der ersten Umfragerunde 86 Prozent der Befragten die Maßnahme ab, nur zehn Prozent befürworteten sie. Bei der zweiten Runde war die Zustimmung nur unwesentlich größer: Jetzt befürworteten 18 Prozent der Teilnehmer die Einengung. Vor allem Bewohner aus dem Umland gehörten zu

den Kritikern, schließlich sind es die Pendler, zum Beispiel aus Werder (Havel), die besonders unter dem dadurch entstehenden Stau leiden. Genauso wenig verwundert es, dass die Einführung der neuen Radwege vor allem bei Umfrageteilnehmern aus Potsdam begrüßt wurden, schließlich sind sie es, die davon profitieren.

Trotz der geringen Unterstützung der Verkehrsmaßnahme insgesamt unterstützt laut IASS aber fast die Hälfte der Befragten generell Investitionen in eine Reduzierung des Pkw-Verkehrs. 75 Prozent der Befragten sind zudem der Auffassung, dass die Stadt dem Umweltschutz hohe oder sehr hohe Priorität einräumen und entsprechende Finanzmittel bereitstellen soll. Dazu zählen auch Teilnehmer, die sich gegen die Maßnahme in der Zeppelinstraße aussprachen.

Besonders Augenmerk wurde bei der Auswertung auch auf die direkten Anwohner der Zeppelinstraße gelegt. Die dort

lebenden Kritiker der Einengung schlagen stattdessen unter anderem den Bau einer Umgehungsstraße oder einen deutlich günstigeren Öffentlichen Nahverkehr vor. Ihr eigenes Verhalten – zum Beispiel auf Busse und Bahnen umsteigen – wollen sie meist aber nicht ändern.

Rund sieben Prozent nutzen häufiger Busse und Bahnen

Anders sieht es bei der Gruppe der Anwohner aus, die die Maßnahme unterstützen. Sie haben mehrheitlich eine „positive Einstellung gegenüber der Nutzung von nachhaltigen Mobilitätsangeboten“, wie es in der Auswertung heißt. Bei der zweiten Befragung, also nach sechs Monaten Praxiserfahrung, gaben diese Anwohner allerdings auch an, dass sie die Wirksamkeit der Maßnahme bezweifeln. Sie be-

richten von einer Verlagerung des Problems auf die Nebenstraßen, sowohl was Luftschadstoffe, Lärmbelastung und Unfallrisiko angeht. Außerdem bemängeln sie, dass Busse und Trams durch den zusätzlichen Stau beeinträchtigt werden.

Auch wurden alle Teilnehmer befragt, inwiefern sie ihr Verhalten seit der Maßnahme verändert haben. Nur sieben Prozent gaben an, „häufiger“ oder „viel häufiger“ den Öffentlichen Nahverkehr zu nutzen, immerhin zwölf Prozent sind auf das Fahrrad umgestiegen. Rund 80 Prozent der Befragten gaben allerdings an, ihr Verhalten gar nicht geändert zu haben.

Das IASS attestiert den Verantwortlichen deutlichen Handlungsbedarf, die Menschen beim Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu fördern. Ein weiteres Ergebnis: Die Bürger wünschen sich verständliche und klar kommunizierte Maßnahmenziele. Und sie wollen über die Luftqualität in Potsdam besser informiert werden. KATHARINA WIECHERS